

Die Gemeinden bitten die Bürger mit hohen Gebühren zur Kassa um die Belastungen der EU-Mitgliedschaft zu finanzieren.

flickr/hollerwind

Kanalgebühren seit EU-Beitritt verdoppelt

AK-Studie bestätigt: Kanalgebühren haben sich seit EU-Beitritt verdoppelt. In der Steiermark sind sie in den letzten 15 Jahren um 91 Prozent gestiegen. Bundes und Landespolitiker machen es sich leicht: Die Gemeinden werden immer stärker belastet, zahlen müssen die Bürger etwa über Gebühren.

EU-Beitritt Österreichs wurden die Gebühren um durchschnittlich 91 Prozent erhöht, also nahezu verdoppelt. Dieser Wert liegt auch weit über der Inflationsrate der letzten 15 Jahre. Die laufenden Kanalgebühren sind dabei quer durch die Steiermark in den letzten 15 Jahren um 91 Prozent gestiegen, auch die Anschlusskosten stiegen durchschnittlich um 36 Prozent.

1100 Euro Unterschied

Groß sind die regionalen Unterschiede. So schlägt der Kanalanschluss einer 94-m²-Wohnung in Mürzzuschlag mit 965 Euro zu Buche, in Graz kostet er 2136 Euro. Dafür liegen die laufenden Kosten für einen Durchschnittshaushalt in Graz bei 177 Euro pro Jahr, während man in Liezen 268 Euro bleichen muss.

Im Auftrag der steirischen Arbeiterkammer wurden die Kanalgebühren in steirischen Gemeinden verglichen.

Die Berechnungsmethoden für Kanalgebühren in der Steiermark sind unterschiedlich. Hier wird die Anzahl der Klosetts für die Berechnung herangezogen, da die bezogene Wassermenge oder die Wohnungsfläche. Während Graz die höchsten Anschlussgebühren verzeichnet, sind die Benützungsgebühren die günstigsten in der Steiermark. Unterm Strich kann ein Fazit gezogen werden: Seit dem

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK GLB

Kostenlose Beratung in Arbeit und Beruf (und Arbeitslosigkeit)!

Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen

Infonummer des GLB: 0664 / 73 6464 19

Wie wollen wir Pflege?

INFO ALTENPFLEGE

Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten

Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenotstand

Broschüre der KPÖ Steiermark zu Pflege und Pflegenotstand

Bestellungen: KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at

Die Banken werden gerettet, wir sollen zahlen – und bis 70 arbeiten

Vizekanzler Pröll will eine Nullrunde bei den Pensionen verordnen.

Am härtesten trifft das die 250.000 Mindestpensionisten, die von 784 Euro im Monat leben und jeden Cent umdrehen müssen. Gespart wird auch bei der Familienbeihilfe, was viele Menschen treffen wird, die bereits jetzt keinen finanziellen Spielraum mehr haben.

Die „Financial Times Deutschland“ berichtete, dass die EU-Kommission das Pensionalter auf 70 Jahre erhöhen will. Mit Maßnahmen wie dieser sollen die 750 Milliarden Euro finanziert werden, die das neue Rettungspaket für die Banken kostet.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die neoliberalen Luftschlöser haben sich zwar in Luft aufgelöst, der Sozialabbau ist aber umso realer. Zuerst haben die EU-Staaten den Banken Milliarden gegeben, um sie vor dem Kollaps zu retten. Jetzt spekulieren Banken, Versicherungen und Pensionsfonds gegen die großzügigen Spender, die sich deshalb verschuldet haben. Um das alles zu bezahlen, sollen alle bis 70 arbeiten, damit die Spekulationsgeschäfte fröhlich weitergehen können.“



KPÖ wirkt!